

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934**

31 (6.2.1934)

# Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3800 L.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 8. Geschäftsstelle: Adolf Hittlerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10101. Verantwortlich für den Gesamthalt: A. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Nachschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 31

Dienstag, den 6. Februar 1934

105. Jahrgang

## Kurze Tagesübersicht

In Wien hat das Kabinett Dollfuß die Anrufung des Völkerbundes in dem deutsch-österreichischen Konflikt beschlossen.

Dass sich die Dinge in Oesterreich zuspitzen, geht aus Reden der Heimatwehrführer in Innsbruck gegen Dollfuß hervor, ebenso aus Krawallen im Salzburgischen aus Anlaß von Geiselnhaftungen.

Infolge der Abhebung des Pariser Polizeipräsidenten Chappey kam es in Paris zu bedrohlichen Ruhestörungen und Spannungen, die die neue Regierung veranlaßten, zwei Divisionen marschbereit zu halten — ein böser Ausfall für die Kammerführung am Dienstag, wo Daladier sein Kabinett vorstellen wird.

In Belgrad wird nun der Balkanpakt veröffentlicht, der die vier Balkanstaaten ohne Bulgarien umfaßt.

Der bisherige Führer des Kaffhäuserbundes, General von Horn, ist in Berlin nach einer Operation gestorben.

Der Präsident der Reichsrundfunkkommission, Dreßler-Andree sprach zu den Arbeitern des Pennaverkes während der Mittagspause über das Thema „Arbeiter und Rundfunk“. Damit ist die Propagandaaktion eingeleitet worden, die in dieser Woche zur Aktivierung des Arbeitertums für den Rundfunk in ganz Deutschland durchgeführt wird.

Die Regierungskommission hat die nationalsozialistische „Saarfront“ für drei Tage verboten.

Man rechnet wegen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der spanischen Regierung mit einer Regierungstreue.

## General von Horn †

Berlin, 5. Febr. General der Artillerie a. D. von Horn ist am Sonntagabend nach kurzer Krankheit an den Folgen einer Operation gestorben.

Er führte als Nachfolger des Generaloberst von Heeringen seit November 1928 bis vor wenigen Tagen den Deutschen Reichs-Infanterieverband Kaffhäuser. Er war als Sohn des Generalmajors von Horn 1866 in Niederbiersdorf, Kreis Grottau in Schlesien geboren, besuchte die Kadettenanstalten und trat als Leutnant in das Feldartillerieregiment Nr. 3 ein. Nach dem Besuch der Kriegsakademie wurde er zum Generalstab kommandiert. 1913 wurde er Kommandeur des Feldartillerieregiments Nr. 18, 1915 Kommandeur der 56. Feldartilleriebrigade, 1917 Generalmajor und 1918 Kommandeur der 185. Infanteriedivision. Nach Beendigung des Krieges führte er im Grenzschutz die Feldartilleriebrigade 5, wurde im gleichen Jahre Reichswehrartillerieführer. Nachdem er nach verschiedenen Kommandos Befehlshaber im Wehrkreis 3 Berlin geworden war, nahm er 1926 den Abschied.

Als Präsident des Kaffhäuserbundes hat General von Horn es verstanden, die 3 Millionen ehemaligen Soldaten durch die Kämpfe und Wirnisse der vergangenen Jahre zu einer festen Einheit zu verbinden und sie dem Volkstanzler des neuen Deutschland zuzuführen.

### Beileid des Reichspräsidenten zum Tode des Generals v. Horn.

DNB, Berlin, 5. Febr. Reichspräsident von Hindenburg hat der Witwe des Generals der Artillerie a. D. von Horn in einem persönlichen Handschreiben seine herzlichste Teilnahme anläßlich des Todes ihres Gatten ausgesprochen.

### Beileid des Reichsaußenministers an die Witwe des Generals von Horn.

DNB, Berlin, 5. Febr. Der Reichsminister des Auswärtigen, Frhr. von Neurath, hat der Gattin des verstorbenen Generals von Horn heute sein aufrichtiges Beileid ausgesprochen.

### Die Reichstagsrede des Führers wird im Rundfunk wiederholt

Berlin, 5. Febr. Die Reichstagsrede des Führers wird vom Deutschlandsender am 3. Februar in der Zeit von 20.10 bis 22.05 Uhr von Wachs wiederholt und vom bayerischen Rundfunk übernommen.

### Verlängerung der Kündigungsfrist im Ruhrbergbau

Essen, 4. Febr. Die Zeichen des Ruhrbergbaues haben dem Gedanken der Betriebsverbundenheit dadurch sichtbar Ausdruck zu geben beifolgt, daß mit sofortiger Wirkung die für die Arbeiter geltenden Kündigungsfristen erweitert werden. Die Erweiterung soll so erfolgen daß für Arbeiter, die nach Eintritt der Volljährigkeit 5 Jahre bei der gleichen Gesellschaft im Arbeitsverhältnis geblieben haben, die für die Lösung des Arbeitsverhältnisses festgelegte halbjährige Frist auf einen Monat verlängert wird.

## Oesterreich will den Völkerbund anrufen

Wien, 5. Febr. Die österreichische Regierung hat am Montag nach mehr als fünfständigen Beratungen beschlossen, dem Bundeskanzler Dollfuß die Ermächtigung für die einleitenden Schritte zur Anrufung des Völkerbundes im deutsch-österreichischen Konflikt zu erteilen.

### Der Eindruck des Wiener Ministerratsbeschlusses

Genf, 5. Febr. In Völkerbundeskreisen bestreitet man nicht, daß der Beschluß des österreichischen Ministerrates einem neuen Ausweichen vor einer sofortigen Entscheidung gleichkommt. Auf telephonische Anträge wurde dem Völkerbundsrat vom Bundeskanzleramt in Wien mitgeteilt, daß ein Schritt des Bundeskanzlers, zu dem dieser durch die Minister ermächtigt worden ist, nicht vor dem 8. Februar, also erst nach der Rückkehr des Bundeskanzlers von Budapest, erfolgen würde. In den nächsten Tagen soll dann eine entsprechende Note vorbereitet werden. Es erhebt sich demnach nicht ausgeschlossen daß neue Schwierigkeiten entstehen, die weitere Verzögerungen bringen.

In deutschfeindlichen Kreisen Genfs macht sich eine gewisse Beunruhigung darüber bemerkbar, daß der österreichische Ministerrot den Bundeskanzler nur ganz allgemein „ermächtigt“ hat, die beabsichtigten Schritte zu tun und daß diese wenig genaue Fassung vielleicht einen besonderen Sinn haben könnte.

### Sir John Simon lehnt eine Erklärung über die österreichisch-deutschen Beziehungen ab

London, 5. Jan. Im Unterhaus erklärte Sir John Simon auf die Frage, ob die Politik der britischen Regierung für die Unabhängigkeit Oesterreichs eintreten werde, die Regierung verfolge die Entwicklung der Dinge in Oesterreich mit gespanntester Aufmerksamkeit. Die Haltung der britischen Regierung sei dem Hause von ihm bereits am 21. Dezember mitgeteilt worden. Die Frage Sir Austen Chamberlains, ob man das Haus nicht über den neuesten Stand der österreichisch-deutschen Beziehungen informieren könne, beantwortete Simon dahingehend, daß er in gegenwärtigen Augenblick nichts darüber sagen könne.

## Verordnungen und Erlasse

### zum Neuaufbau des Reiches

Berlin, 5. Febr. In einer Verordnung auf Grund des Art. 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reiches bestimmt der Reichsminister, daß die Wahrnehmung der Hoheitsrechte, die von den Ländern auf das Reich übergegangen sind, den Landesbehörden zur Ausübung im Auftrag und im Namen des Reichs insoweit übertragen wird als das Reich nicht allgemein oder im Einzelfall von diesen Rechten Gebrauch macht. Die von den Ländern untereinander oder mit dem Reich geschlossenen Verträge und Verwaltungsabkommen werden durch den Übergang der Hoheitsrechte der Länder auf das Reich nicht berührt. Die Landesgesetze bedürfen der Zustimmung des zuständigen Reichsministers. Die obersten Landesbehörden haben im Rahmen ihres Aufgabensbereiches den Anordnungen der zuständigen Reichsminister zu folgen. Landesbeamte können in den Reichsdienst, Reichsbeamte in den Landesdienst versetzt werden.

In einem Erlaß vom 3. Februar 1934 überträgt der Reichspräsident mit sofortiger Wirkung die Ausübung der ihm auf Grund des Gesetzes über den Neuaufbau des Reiches zustehenden Rechte zur Ernennung und Entlassung der unmittelbaren Landesbeamten für Preußen dem Reichskanzler und der Landesregierung, für die übrigen Länder den Reichsstatthaltern und den Landesregierungen. In einem zweiten Erlaß des Reichspräsidenten heißt es u. a.: Nach Artikel 2 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reiches sind die Hoheitsrechte der Länder und damit das Vornamensrecht auf das Reich übergegangen. Soweit das Vornamensrecht bisher den Ländern zustand, übertrage ich es in Zukunft aus wegen aller krasbaren Handlungen, die Soldaten und Wehrmachtbeamte während ihrer Zugehörigkeit zur alten oder neuen Wehrmacht begangen haben, in den Einzelfällen, in denen ich mir die Entschuldigend ausdrücklich vorbehalte. Im übrigen übertrage ich die Ausübung für Preußen auf den Reichskanzler, für die übrigen Länder auf die Reichsstatthalter.

### „Ein Jahr Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung“

Berlin, 5. Febr. Im Rahmen der Vorträge des „Reichsbundes für deutsche Sicherheit“ spricht am Dienstag zwischen 20.10 und 22.00 Uhr der Präsident des Reichsbundes, Major a. D. Weber, über das Thema „Ein Jahr Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung“. Der Vortrag geht über alle deutschen Sender.

### Der Eindruck in diplomatischen Kreisen Wiens.

DNB, Wien, 5. Febr. Zu dem Beschluß des außerordentlichen Ministerrats über die Anrufung des Völkerbundes in der deutsch-österreichischen Angelegenheit werden von amtlicher Seite weitere Erklärungen abgesehen. Die gesamte Presse wird lediglich auf die amtliche Mitteilung verwiesen. Im Ministerrat ist weder ein Beschluß über den Inhalt des Antrags an den Völkerbund, noch über den Zeitpunkt seiner Einreichung gefaßt worden und ebenso wenig ist bisher dem österreichischen Gesandten beim Völkerbund Auftrag erteilt worden, die notwendigen Schritte zur Einleitung des Verfahrens beim Generalsekretär des Völkerbundes vorzunehmen. An den maßgebenden Stellen erklärt man lediglich, daß die Regierung den grundsätzlichen Beschluß gefaßt habe, den Völkerbund mit der Angelegenheit zu befaßen, falls nicht in alternativer Zeit eine neue Lage eintreten sollte.

In hiesigen diplomatischen Kreisen besteht der Eindruck, daß die österreichische Regierung durch ihren Beschluß die Angelegenheit zunächst auf internationales Gebiet hinüberspielen wollte. Die Wiener Regierung habe grundsätzlich zwar den Weg nach Genf beschritten, tatsächlich jedoch zunächst eine erste Etappe diplomatischer Verhandlungen einleiten wollen. Man ist der Ansicht, daß sich die Regierung alle Möglichkeiten einer diplomatischen Regelung offen gelassen hat und offenbar von der Voraussetzung ausgeht, daß sich aufgrund der Stellungnahme des Kabinetts die an der österreichischen Frage unmittelbar interessierten Großmächte jezt ihrerseits zu einem diplomatischen Eingreifen veranlaßt sehen würden.

Der Beschluß des außerordentlichen Ministerrats vom Montag ist auf diplomatischem Wege den Großmächten mitgeteilt worden. Der Berliner österreichische Gesandte Tauschig, der an der Ministerratsitzung teilnahm, beabsichtigt, in den nächsten Tagen auf seinen Berliner Posten zurückzukehren.

### Witwar in Tirol.

DNB, Innsbruck, 5. Febr. Die Lage in Tirol wird immer verworrener. Während einerseits die Heimwehr in den Abendstunden des Montag rund 1000 Mann nach Innsbruck gezogen hat, steht man im Landeshaus auf dem Standpunkt, daß der neuernannte Landesauschuss in keiner Weise die bisherige Landesregierung ersetzen könne, daß also diese vielmehr in voller Tätigkeit bleibe. Die für Montag angelegte erste Sitzung des sog. Landesauschusses ist nicht zustande gekommen; es wurde für Mittwoch eine Sitzung anberaumt.

## Lawinenkatastrophe in den Apenninen

Paris, 5. Febr. Aus Rom wird gemeldet, daß in den Apenninen in der Gegend von Ancona eine gewaltige Lawine niedergelassen ist. Mehrere Ortshäuser sollen unter den niederstürzenden Schnee- und Erdmassen schwer gelitten haben. Truppen wurden zur ersten Hilfeleistung entsandt. Der kleine Weiler Monte Robbiano soll fast vollständig verschüttet sein. Bisher zählt man 8 Tote und 10 Verletzte.

Rom, 5. Febr. Auch aus anderen Orten der Apenninen werden Lawineneingänge und Erdrutsche gemeldet. Ueber das Lawineneingänge von Bologna in den Apenninen liegen von amtlicher Seite noch keine Angaben vor. Offenichtlich handelt es sich um die Verschüttung mehrerer Häuser des kleinen Bergortes Bologna, der ein beliebter Wintersportplatz ist. Daß über das Ausmaß der jetzigen Katastrophe bisher keine sicheren Nachrichten zu erhalten sind, erklärt sich aus der Unterbrechung sämtlicher Verbindungen in den märtischen Apenninen. Die erste Meldung von dem Lawineneingänge in Bologna brachte ein junger Skiläufer nach Cemerino, wohin er sich in zwölfstündigem Kampf gegen den Schneesturm durchgeschlagen hatte. Noch in der Nacht zum Sonntag brachen auf Anordnung der Behörden Militärpolizei, Polizeipolizei und Studenten zur Hilfeleistung auf. Sie mußten aber etwa 25 Kilometer vor dem Ort Halt machen, weil sämtliche Straßen durch den Schneefall unpassierbar geworden waren.

DNB, Rom, 5. Febr. Die schweren Schäden und die Opfer, die an der ganzen Ostseite der Apenninen auf dem Gebiet der Marken durch Lawinen und Erdrutsche verursacht worden sind, lassen sich wegen der überall unterbrochenen Verbindungen nur allmählich übersehen. Wie erst jetzt bekannt wird, hat in der Gemeinde Monte Gallo eine große Lawine sieben Häuser verschüttet. Acht Todesopfer konnten geborgen werden.

### Auch auf Korfu zahlreiche Todesopfer bei Lawinenstürzen

DNB, Bastia (Korfu), 5. Febr. In der Ortschaft Ortisporio bei Bastia wurden mehrere Häuser durch eine Lawine verschüttet. Die Zahl der Todesopfer soll etwa 40 betragen. Einzelheiten fehlen, da jeder Verkehr mit der Ortschaft unterbrochen ist.

In Bizzarona wurde ein Bauwärterhäuschen durch eine Lawine verschüttet. Neun Personen befanden sich im Innern des Hauses. Hilfsmannschaften sind unterwegs.

Wegen Verschüttungsgefahr ist das Dorf Bissangi, wo man schon 1931 einen Erdrutsch befürchtete, von den Bewohnern geräumt worden.

## Polens Außenpolitik

Erklärungen des Außenministers Bed

Warschau, 5. Febr. Außenminister Bed erstattete am Montag im Augenausschuss des Senats den mit Spannung erwarteten Bericht über die Außenpolitik Polens. Ueber das Verhältnis Polens zu Genf erklärte der Minister, Polen nehme an den Arbeiten des Völkerbundes auch weiterhin teil, obgleich schon der zweite seiner größeren Nachbar heute außerhalb des Völkerbundes stehe. Ueber eine etwaige Reform des Völkerbundes werde zwar viel gesprochen, aber bislang fehle es noch an einem greifbaren Entwurf hierfür. Eine zweite Frage sei die Abrüstungskonferenz und deren bisheriges betrübliches Schicksal. Bed erwähnte hierbei die beiden neuen seiner Meinung nach sehr beachtlichen Vorschläge die in den Abrüstungsdenkschriften Englands und Italiens enthalten seien. Das Abrüstungsproblem behandle die wichtigsten Fragen der Sicherheit. Die unmittelbare Zeitnahe der Sicherheit an der östlichen Grenze Polens durch den Nichtangriffspakt mit Sowjetrußland sei etwas positives, das durch das weitere Abkommen über den Begriff des Angreifers ergänzt werden sei. Die polnische Regierung lege großen Wert auf die Weiterentwicklung der guten Beziehungen mit der Sowjetregierung.

Ueber das Verhältnis zu Deutschland sagte der Minister: „Das vergangene Jahr zeichnete sich durch eine radikale Wendung in den Beziehungen zu unseren westlichen Nachbarn aus. Als die Regierung des Reichstanzlers Hitler zur Macht kam, hat die Meinung in Europa allgemein die Notwendigkeit einer Verschärfung der deutsch-polnischen Beziehungen als Folge dieser Tatsache erbliden wollen. Unsere Regierung hat diese Meinung nicht geteilt. Bei der ersten Fühlungnahme mit dem Reichstanzler und seiner Regierung haben wir eine klare und mutige Sprache in der Behandlung unserer Beziehungen gefunden. Diese Art der Behandlung unserer Beziehungen entspricht, hat jenseitig die Grundlage für den Aufbau dauerhafter Formen eines gutnachbarlichen Verhältnisses geschaffen. Ein klar umrissener Gedanke gestattet auch, schnell den klaren Inhalt eines diplomatischen Dokumentes zu Papier zu bringen das durch seine Kürze, ohne an juristischer Korrektheit einzubüßen, am besten die Tendenzen beider Regierungen charakterisiert. Es ist ein neues Dokument des Friedens entstanden, eine Erklärung über die Nichtanwendung der Gewalt das durch seine Bedeutung über die gewöhnlichen Beziehungen hinausreicht. In dem Text haben wir bereits der Uebersetzung Ausdruck verliehen, daß dies ein sehr wesentlicher Beitrag zur Sicherung des europäischen Friedens darstellt.“

Weiter stellte der Minister mit Befriedigung fest, daß die alten Bündnisse mit Frankreich und Rumänien die Probe durch die neuen Ereignisse überstanden hätten, was vor allem von dem ihnen zugrunde liegenden positiven Geist zeuge.

In bezug auf Danzig stellte der Minister mit Befriedigung fest, daß der bisherige Versuch, Streitigkeiten bei Prozessen durch gerechte und billige auf einer praktischen Prüfung der Lage gezielte Abkommen aus der Welt zu schaffen, bereits günstige Ergebnisse gezeigt habe. Er hege die Hoffnung, daß sich die Gedanken und Bestrebungen, die dem Abkommen vom August 1932 zugrunde liegen, zu einem dauerhaften System der Zusammenarbeit entwickeln würden.

### Bankdirektor und Rechtsanwalt wegen Sabotierung des Winterhilfswertes in Schutzhaft genommen

M.B. Hamm (Westf.), 6. Febr. In einem bedauerlichen Zwischenfall kam es auf dem Kostümfest eines hiesigen Klubs. Einem Verkäufer von Losen der Winterhilfslotterie wurde, als er ein Los anbieten wollte, der Zutritt durch einen Bankdirektor und einen Rechtsanwalt verboten, mit dem Hinweis, man wüßte nicht, daß die Festlichkeit durch Losverkäufe gestört werde; man habe keine Zeit und wolle feiern. Da ein Vermittlungsversuch des Oberbürgermeisters vergeblich blieb, erklärte dieser seinen Austritt aus dem Klub und ließ die anwesenden Parteigenossen auffordern, das Fest sofort zu verlassen. Am Montagabend fand vor dem Klubgebäude eine Protestkundgebung statt, in der sich der Kreisleiter der NSD, in scharfen Worten gegen die Sozialreaktionäre wandte, die die Volksgemeinschaft noch nicht begriffen hätten. Zum Schluß gab er ein Schreiben bekannt, wonach Bankdirektor Steinhilber und Rechtsanwalt Kaiser in Schutzhaft genommen worden seien.

Die Volksgesundheit fördern, heißt Elend verhüten! Werbet Mitglieder der NS-Volkswohlfahrt!



## Der Weg in den neuen Tag

Koman von Helma von Hellebrand

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Weiter kam er nicht. Wera Steinhilber hatte mit der Faust gegen die Glasscheibe geklopft. „Wenden, Vaber, sofort zurück, nach Hause!“ rief sie laut, ganz des kleinen Sprachrohrs vergessend, das neben ihr hing. „Warum hat mir keiner etwas gesagt?“ Ihre schwarzen Augen flammten. „Nichts wußte ich — gar nichts! Mein Mann!“ Ein Aufschluchzen.

Nun verstand sie, warum Magnus so wortfarg und gedankenberzungen gewesen, warum er sie fort haben wollte — um ihr zu zeigen, die er „zu hegen und zu hüten“ versprochen. Und sie hörte lebte neben ihm her, sah nicht, merkte nicht, was um sie vorging.

„Schneller! Schneller!“ Ihre geballten Fäuste trommelten auf dem Polster.

„Ich habe schon höchste Geschwindigkeit eingeschaltet“, schrie der Führer zurück, ohne sich umzuwenden. Geduldslos sah er über dem Steuer. Achtung, Kurve! Auf zwei Rädern nahm sie der Wagen — richtete sich auf, schob weiter.

Die kleine Jose begann zu weinen. „Ich habe Angst, lassen Sie mich aussteigen! Die schiefen gewiß —“ Niemand achtete darauf. Vorgebeugt sah die blonde Frau. Rote Fieberflecke brannten auf ihren Wangen. Der Alte hatte ihre Hände ergriffen, hielt sie sehr fest. Die Wärme tat ihr unbedeutend wohl. Er murmelte gute, röstliche Worte; sie hörte sie nicht. „Werner, wenn es zu spät —“

„Wir kommen rechtzeitig zurück, gnädige Frau.“ Magnus in Gefahr — Magnus... Nichts anderes sagte ihr Hirn. Geradeaus durch die Glasscheibe starrte sie. Noch immer nicht... Das Weinen des Mädchens

## Rußlands Wehrmacht

Moskau, 5. Febr. Die große Rede, die der Volkskommissar für Heer und Marine, Woroschiloff, am 30. Januar auf dem 17. Parteitag der russischen Kommunistischen Partei gehalten hat, wird jetzt veröffentlicht. Die Wehrmacht der Sowjetunion entspricht vollst. der Entwicklung des Landes. Wir haben, so betonte Woroschiloff, moderne Tanks in durchaus genügender Anzahl, wir haben eine ausreichende Artillerie, eine ausreichende Anzahl guter Flugmaschinen, eine ausreichende Anzahl Flugzeugmotoren für die Abwehr von Luftangriffen. Wir haben jetzt eine mächtige chemische Industrie und keine schlechten Verbindungsmittel. Wir haben mächtige schwere Bombenflugzeuge geschaffen und im gesamten Flugzeugwesen Verbesserungen erzielt. Die Technisierung habe, so fuhr der Redner fort, der Roten Armee ein völlig verändertes Gesicht gegeben. Zur Verstärkung der Landesverteidigung seien besetzte Plätze eingerichtet worden, über die die Sowjetunion jetzt nicht nur an der Westgrenze vom Ladogasee bis zum Schwarzen Meer, sondern auch in den bedrohtesten Gegenden im Fernen Osten und in Ostibirien verfüge. Die Gefahr eines Angriffes auf die russischen Küstengebiete habe die Sowjetunion gezwungen, zur Schaffung von Seestreitkräften auch im Fernen Osten zu schreiten.

Eingehend nahm der Volkskommissar dann zur Lage im Fernen Osten Stellung. Japan sei das erste Land, das versucht habe, sich mit Hilfe eines Krieges einen Ausweg aus der Krise zu schaffen. Es trete am Weltmarkt als Hauptkäufer für Kriegszulieferungen und Kriegsindustrie-Rohstoffe auf. Gleichzeitig sei die politische Vorbereitung Japans für einen Krieg, der ernst sei als der, den es in China führe, deutlich zu erkennen. Japan sei nicht nur der tatsächliche Herr in der Mandschurei geworden, es sei auch, sobald dies eingetreten sei, dazu übergegangen die Sowjetinteressen an der Ostbahn zu schädigen. Der Schutz der Sowjetgrenzen und -städte sei den Japanern ein Dorn im Auge. Es wäre ihnen lieber, wenn die Sowjetgrenzen mit Mandschurei ebenso schuglos wären wie die Grenzen Chinas. Die Kriegsvorbereitungen Japans erstreckten sich auf alle Gebiete. Die Mandschurei verwandle sich allmählich in den stärksten Stützpunkt Japans. Die Sowjetunion müsse dies alles mit Aufmerksamkeit verfolgen, die nötigen Maßnahmen treffen und auf alles gefaßt sein. In erster Linie müsse sich Rußland in seinen internationalen Beziehungen Manövrierfreiheit sichern. Alle Staaten, die auf absehbare Zeit keinen Krieg führen wollten, gruppieren sich um Rußland. Nur der Ferne Osten sei mit Wölfen bedeckt. Dort könne ein Kriegsgewitter ausbrechen. Der Krieg würde, wenn man ihn Rußland aufzwinge, ein großer und ernstster Krieg sein.

### Inhalt des Balkanpaktes

Ueber den Inhalt des am Sonntag paraphierten Balkanpaktes berichten die Blätter, daß sich bei den Verhandlungen jene Aufstellung vollständig durchgesetzt habe, die eine weitgehende gegenseitige Garantie der Grenzen gegenüber Bulgarien, aber auf gegenüber allen anderen Staaten fordere.

Die halbamtliche „Breme“ erklärt, daß Südslawien, Rumänien, Griechenland und die Türkei die gegenseitige Bürgschaft für ihren politischen und territorialen status quo übernommen und sich darüber hinaus zu völliger Solidarität in allen wirtschafts- und handelspolitischen Fragen verpflichtet hätten, die für die vier Länder von Belang seien. Die politischen Folgen dieses Abkommens seien bedeutend. Die Unterzeichnermächte brauchten von nun an nicht mehr für ihre Sicherheit zu fürchten, weil sie mit vereinten Kräften ihre Interessen verteidigen würden. Sie stellen nunmehr auch gebietsmäßig eine Einheit dar, die sich gegen jeden Angriff, komme er von welcher Seite immer, zu Wehr setzen müßte. Bulgarien könne dem Pakt beitreten, wenn es glaube, daß es seine Pflicht sei, an der Verfestigung des Balkans mitzuwirken. Auch die „Politika“ teilt mit, daß die vier Mächte alle Garantien übernommen hätten, um sich ihren gegenseitigen Besitzstand zu verbürgen. Das Blatt fragt, welchen Standpunkt Bulgarien gegenüber dem Pakt einnehmen werde. Wollte Sofia auch weiter „im Aelwasser fremder Intrigen“ schwimmen, oder wolle es sich vor vollendeten Tatsachen beugen und sich zu seinen Nachbarn gesellen? Die Politik des Zaubers sei für Bulgarien fruchtlos; nur der Beitritt zum Balkanpakt stelle die rettende Lösung dar.

vorstunnte ungehört, wie es begonnen. Nur das hohe Singen des rasenden Motors unterbrach die Stille im Wagen.

Da, der dunkle Strich am Horizont — endlich näherte man sich dem Walde. Aber kaum waren sie in seinen Schatten eingebogen, als die Räder so plötzlich den rasenden Lauf verhielten, daß Wera dem alten Werner in die Arme geschleudert wurde. Der Führer sprang ab und öffnete den Schlag.

„Wenn gnä' Frau zurück ins Haus wollen, wäre es besser, von hier aus zu gehen und den Fußweg durch den Küchengarten zu nehmen“, sagte er schnell. „Wenn die Leute vom Bert kommen, marschieren sie auf der breiten Straße von dorthin und könnten uns leicht festhalten. Der schmale Weg führt gerade zum Küchengarten, den kennt niemand.“

Auch dieser wußte von der Gefahr, die Magnus drohte. „Warum sagten Sie kein Wort davon heute früh, Vaber?“ Der breitschultrige Riese zuckte verlegen die Achseln. „Ich dachte, gnä' Frau wüßten drum und wollten fort“, erwiderte er.

Für so feige hatte ihre Umgebung sie gehalten! — Wollte sie Wera Steinhilber aus „Versuchen Sie, das Ueberfallkommando zu benachrichtigen, falls das noch nicht geschehen ist“, befahl sie hastig. „Ihr anderen könnt hierbleiben und abwarten, was geschieht.“ Damit flog sie schon davon durch den schmalen, halbüberwachsenen Seitenpfad, der einen weiten Bogen um das Herrenhaus machte, hielt an und horchte: ein Gesumm von vielen Stimmen war plötzlich in der Luft, abgerissene Klänge eines Marschliedes. Sie rannte weiter. Nun wehte der Wind den Klang deutlicher herüber. Woher hatte recht gehabt, auf der breiten Autostraße kamen sie daher.

Ein Jaun. Hier begann der Küchengarten. Wo war das kleine Holztor? Aha! Ruhig und leer war es hier. Keuchend hegte die Frau zwischen dem blinkenden Glasdachern der überdeckten Beete dem Laufe zu. Bei Magnus sein, ehe sie kamen... Und zuckte wieder aufhorchend zusammen. Jemand in der Nähe hätte zerrümmert

## Staatssekretär Feder in Oberschlesien

Eine Rede über „Wirtschaft im neuen Staat“

M.B. Gleiwitz, 5. Febr. Am Sonnabend traf Staatssekretär Feder in Gleiwitz ein, um sich über die wirtschaftliche Lage Oberschlesiens zu unterrichten. Nach einer Grenzlandfahrt, in deren Verlauf auch eine Anzahl Werke und Gruben besichtigt wurden, fand am Nachmittag im Stadttheater Gleiwitz eine große Kundgebung statt, in der die Vertreter der ober-schlesischen Wirtschaft, der NSD, und der Arbeitsfront stark vertreten waren. Staatssekretär Feder sprach über das Thema „Wirtschaft im neuen Staat“. Er schilderte zunächst den Kampf der nationalsozialistischen Bewegung gegen Parlamentarismus, Marxismus und Liberalismus. Er führte u. a. aus: Die Folge des liberalistischen Denkens der Nachkriegszeit war der Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft. Eine Wirtschaft, die auf liberalistischer Grundlage aufgebaut ist, ist zum Tode verurteilt. Der Redner gab dann einen Ueberblick über die Weltwirtschaftslage vor dem Kriege, wobei er u. a. erklärte: Der technische Gesichtspunkt ist der tiefste Grund für die Weltwirtschaftskrise. Die Entwicklung der Technik folgt stets der Kurve der Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft mußte sich für ihre Riesenerfolge im Ausland Abgabebiete suchen, wobei es mit England und anderen Ländern zusammenfiel. Damit war der Keim zum Weltkrieg gelegt. Nach dem Kriege erkannten wir, daß die Kurve der Technik mit der der Wirtschaft auf die Dauer nicht Schritt halten kann. Der Grund für die Weltwirtschaftskrise ist die Diskrepanz zwischen Leistungsfähigkeit der Technik und Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes. Die Entwicklung der Technik ist noch nicht am Ende. Um den Forderungen der Zukunft gerecht werden zu können, bedarf es zweier Voraussetzungen: Disziplin und Führertum. Die Wirtschaft muß planvoll aufgebaut werden. Das kann nur eine übergeordnete Stelle, das kann nur der Führer. Der Staat darf selbst keine Wirtschaft treiben. Die Regiebetriebe der Nachkriegszeit sind eine Brutstätte der Korruption und der Bonzenwirtschaft gewesen. Eine Reichsplanung für alle großen wirtschaftspolitischen Aufgaben muß geschaffen werden.

Staatssekretär Feder sprach dann über die Persönlichkeit des Wirtschaftsführers, der unermüdlich tätig zu sein hat, um neue Abnahmefähigkeiten zu erschließen. Er wies dann auf die großen Erfolge während der erst kurzen Herrschaft des Nationalsozialismus hin; bereits in einem Jahr sei es gelungen, mehr als ein Drittel der arbeitslosen Volksgenossen in Lohn u. Brot zu bringen. Schon am Ende des zweiten Jahres werde zwei Drittel dessen erreicht sein, was sich nach dem Plan des Führers auf 4 Jahre verteilen sollte.

Nun müsse man daran gehen, die Bleigewichte der Wirtschaft zu beseitigen. Erziehung der Frömmlichkeit sei die Voraussetzung für den Wiederaufstieg der Wirtschaft überhaupt. Diese Frage sei sehr schwierig und könne nur auf Grund einer Gesamtplanung gelöst werden. Um ihr Programm durchzuführen zu können, so fuhr der Redner fort, braucht die Regierung die Gefolgschaft aller. Wenn wir nicht mehr 4 Millionen Arbeitslose haben, dann wird man auch daran gehen, der deutschen Wirtschaft eine neue Form zu geben, die Form der ständischen Wirtschaft. Die Regierung wird der Wirtschaft gern die freie Willensbestimmung zurückgeben im Rahmen der ständischen Ordnung, die sich aufbaut auf dem Grundlag: Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

### Beginn der Berliner Stillhaltekonferenz

Berlin, 5. Febr. Die Konferenz der Stillhaltegebündelter ist am Montag vormittag in der Reichshalle eröffnet worden. Die Teilnahme an dieser Konferenz ertrah sich mit Ausnahme von Dänemark auf 15 Länder, die das Stillhalteabkommen unterzeichnet haben. Es handelt sich bei den ausländischen Vertretern um die schon in den regelmäßigen Stillhaltekonferenzen anwesenden Persönlichkeiten. Die amerikanische Abordnung führt J. Abbot Goodhue und die englische Jervis Frank C. Tarks, während die Franzosen unter Führung von Belag ihren. Deutscherseits nehmen an den Verhandlungen wiederum Dr. Otto Feilcke (Berliner Handelsgesellschaft), Schlieper (DD-Bank) und Dr. Sempe vom Reichsstand der deutschen Industrie teil. Der englische Vertreter Frank C. Tarks ist zum Vorsitzenden der Konferenz gewählt worden.

Winterhilfe ist Sozialismus der Tat. Wer mitarbeiten will, wird Mitglied der NS-Volkswohlfahrt!

Glas. War das Haus etwa schon umfielt? Nein — gottlob, der Eingang zu den Wirtschaftsräumen war jedenfalls noch frei — aber verschlossen die Tür.

Mit den Fingern hämmerte sie dagegen. Am vergitterten Fenster nebenan erschien der Kopf der Köchin. Mit einem Schreckensausdruck verschwand er wieder. Im nächsten Augenblick tharrte der Schlüssel, der Riegel flog zurück. Wera wurde in den großen, hellen Raum hereingezogen, die Tür schnell wieder verschlossen.

„Um Gottes willen, die gnädige Frau“, stieß die Frau erschrocken hervor, die Steinhilber wegen ihrer geradezu bedrohlichen Größe den „Grenadier“ getauft. „Wurde der Wagen nicht mehr durchgelassen?“

Wera lehnte sich eine Sekunde gegen die breite Schulter und rang nach Atem. „Wo ist mein Mann?“ brachte sie endlich hervor. „Ich ahnte ja nicht — erfuhr erst unterwegs, daß Unruhen —“

„Das ist schön, daß die gnädige Frau wiederkommen“, sagte die große Person einfach und nahm die bebende Gestalt ihrer jungen Herrin ruhig und mütterlich in die Arme. „Gehen Sie nur raus, der Richter und drei andere Werkführer sind wohl noch bei ihm. Und hier unten passe ich schon auf —“ Mit verflüchtigtem Mund deutete sie auf das siedende Wasser in den Kesseln und die glühenden Kohlen im Herd. So mochten die Frauen auszu sehen haben, die während des Dreißigjährigen Krieges auf den Wällen neben ihren Männern gekämpft hatten bis zum letzten Atemzug.

Wera zog das grimme Gesicht zu sich herab, küßte es sum auf die Wangen und bestete hinauf. Das ganze Haus war wie ausgestorben, die Dienerschaft bis auf die Getreue da unten wahrscheinlich geflohen; auch Magnus' Arbeitszimmer lag verlassen. Da — wieder klickte eine Scheibe. Das Stimmengewirr war zu lautem Durcheinander von Sprechern und Singen angeschwollen.

Wo war Magnus? — Röstliche Stille. Und jetzt — seine Stimme, klagen und klar: „Was wollt ihr von mir?“

(Fortsetzung folgt)